Nr. 422. 36. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 4,— Mk., monatl. 1,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 1,— Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,25 Mk., für das übrige Ausland 10,25 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 8,25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1,50 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 60 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 30 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,50 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 19. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Lloyd Georges Wirtschaftsprogramm.

Lloyd George gab in seiner gestrigen Programmrede im Unterhause einen Ueberblick über die Lage von Handel und Industrie. Er führte u. a. aus:

Wer glaubte, daß die Welt sofort nach Kriegsende wieder in einen normalen Zustand kommen könnte, der hat keinen Ueberblick über die Ausgedehntheit der Ereignisse der letzten fünf Jahre und deren Wirkung. Die direkten Kosten des Krieges sind sehr groß, und sie sind nicht zu aufbauenden Zwecken verwandt worden, sondern haben der Vernichtung gedient. Die Schwierigkeiten haben denn auch sofort nach der Einstellung der Feindseligkeiten begonnen. Man erwartete allgemein, daß die Preise sofort heruntergehen sollten und gleichzeitig bestand ein allgemeiner Mangel an Arbeit und Material, dazu kamen Transportschwierigkeiten und die Gerüchte, daß in anderen Ländern große Vorräte von Fabrikware angehäuft seien, die England sofort nach Friedensschluß überschwemmen sollten. Von Heer und Flotte sind jetzt

3 600 000 Mann demobilisiert,

und von dieser großen Zahl ist nur ein ziemlich unerheblicher Teil nicht wieder in der Industrie untergekommen. Der Handel wird immer besser. Aber es bleiben doch noch immer große Schwierigkeiten zu überwinden. Die Anzahl der Schulden ist auf 7800 Millionen Pfund Sterling gestiegen und die Pensionen bilden eine dauernde Belastung von 100 Millionen Pfund Sterling jährlich. Zur Deckung der schlechten Handelsbilanz und der erhöhten Ausgaben gibt es nur einen Weg, und zwar der der

Erhöhung der Erzeugung.

Die jetzt bestehende Verringerung der Erzeugung wird teilweise dadurch veranlaßt, daß die Kriegsverordnungen während der ersten Zeit weiter bestanden und durch den großen Nervenchok, der die Welt betroffen hat und der die Wiederherstellung des industriellen Lebens verzögert. Dazu kommt die Ueberbürdung der Häfen.

Jetzt ist der Regierung eine Gesetzesvorlage bezüglich der Arbeitsstunden und Löhne eingereicht worden, die ein Abkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezweckt und gleichzeitig eine 48stündige Arbeitswoche und eine Lohnregelung einführen will. Es wird weiter versucht, in der Industrie soziale Maßnahmen zu treffen und die Lage der Arbeiter zu verbessern. Ein Zusammenwirken zwischen Arbeitern und Arbeitgebern soll im höheren Maße gesichert werden. Die Frage der Gewinnbeteiligung wird aufs neue mit Hilfe der Regierung geprüft werden. Lloyd George verlangt weiter eine

Verringerung der Arbeitslosigkeit

und kündigt bald nach Ende der Parlamentsferien eine Gesetzesvorlage über die Regelung der Wohnungsfrage an.

Dann sprach Lloyd George über die

Kohlenfrage.

Die Regierung hat den Bericht des Steinkohlenausschusses, der die Verstaatlichung des Steinkohlenbergwerkes befürwortet, geprüft und daraufhin selbst die Bildung eines Fonds vorgeschlagen, aus welchem Kosten für einen besseren Lebensunterhalt der Arbeiter bestritten werden sollen. Die Regierung kann aber den Plan des Richters Sankey über die Verstaatlichung der Bergwerke nicht annehmen. Sie hat jedoch grundsätzlich einen Plan zur Vereinheitlichung und Reorganisation angenommen. Es wird beabsichtigt, das Land in Distrikte einzuteilen und in jedem dieser Distrikte die Erzeugung der dort befindlichen Steinkohlengruben zusammenzufassen.

Die Regierung hat weiter Maßnahmen bezüglich der Einfuhr vorbereitet und verlangt, daß das Handelsamt Vollmachten erhalten soll, um die nicht notwendige Einfuhr von Waren zu Preisen, die hinter den Erzeugungskosten zurückbleiben, zu verbieten. Dies ist im Zusammenhang mit dem schlechten Stand der Valuta notwendig.

Dem Parlament ist bereits eine Gesetzesvorlage bezüglich Ausnutzung der Elektrizitätskräfte eingereicht worden. Die Regierung wird in der Herbstsitzung des Parlaments eine neue Vorlage einreichen, welche ein gleiches für die Wasserkräfte im Lande bezweckt. Weiter hat die Regierung Vorschläge mit Bezug auf die Wiederherstellung des Handels mit den britischen Kolonien und mit den desorganisierten Teilen Europas in Vorbereitung. Bezüglich der Landwirtschaft sagte Lloyd George, daß er keine Regelung für möglich halte, die nicht wenigstens noch ein Jahr die Preiskontrolle fortbestehen lasse.

Die Fortführung der Mutterschaftsfürsorge.

Der Nationalversammlung in Weimar ist der Entwurf eines Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge zugegangen. Er berührt in der Tat auch eine der dringendsten, augenblicklich ihrer Lösung noch harrenden sozialpolitischen Aufgaben. Die Kriegswochenhilfe, wie sie aus zahlreichen Kriegsverordnungen heraus entstanden ist, befindet sich auf dem toten Punkt. Sie ist in allererster Linie auf die Ehefrauen der Kriegsteilnehmer zugeschnitten, deren Zahl infolge der Kriegsbeendigung immer geringer wird. Aber auch die anderen Anspruchsberechtigten, die weiblichen Mitglieder der Krankenkassen, nehmen infolge der Einschränkung der Frauenarbeit in ihrer Zahl immer mehr ab. So ist es gekommen, daß die Zahl der Wöchnerinnen, denen die Fürsorge der Reichswochenhilfe noch zuteil wird, eine recht bescheidene geworden ist.

Ueber die Notwendigkeit der Fortführung dieser Mutterschaftsfürsorge bestand weder bei der Regierung noch bei irgendeiner Partei ein Zweifel. Mit Recht weist in dieser Hinsicht die Begründung des vorliegenden Gesetzentwurfs darauf hin, daß die Notwendigkeit eines erhöhten Schutzes für den deutschen Nachwuchs, wie er mit den Leistungen der Kriegswochenhilfe bezweckt wurde, mit der Beendigung des Krieges keineswegs fortfällt. Sie besteht vielmehr dauernd weiter und fordert im Interesse des Staatswohls sorgfältige Beachtung. Nur über den Weg, der zur Fortführung der Fürsorge einzuschlagen sei, gingen die Meinungen sehr auseinander.

Entsprechend ihrer schon vor dem Kriege aufgestellten Forderungen verlangen einige sozialpolitische Körperschaften und eine Anzahl bürgerliche Sozialpolitiker die Einführung einer neuen, mehr oder weniger selbständigen Mutterschaftsversicherung. Sie sollte entweder an die Invalidenversicherung (unter Entrichtung gesonderter Beiträge auf besonderen Quittungskarten) oder an die Krankenversicherung (bei Errichtung von Sonderkassen für die von dieser Versicherung nicht erfaßten Wöchnerinnen) angegliedert werden. Bei der ohne sie schon auf dem Gebiete unserer sozialen Versicherung bestehenden großen Zersplitterung der Organisation hätten neue Versicherungseinrichtungen den Wirrwarr nur erweitert. Mit Recht wurde deshalb von der Sozialdemokratie, den großen Krankenkassenverbänden usw. gefordert, die Mutterschaftsversicherung restlos der Krankenversicherung einzuverleiben.

Diesen Weg beschreitet auch der vorliegende Gesetzentwurf. Die Antragsteller (es handelt sich nicht um eine Regierungsvorlage, sondern um den Antrag der sozialdemokratischen und der Zentrums-Fraktion) sind der Ansicht, daß eine Neuregelung der Reichsversicherungsordnung im Sinne einer umfassenden Mutterschafts- und Familienversicherung so schnell wie möglich vorgenommen werden muß. Um aber die bis zur Durchführung einer derartigen Neuregelung verstreichende Zeit nicht vergehen zu lassen, ohne wenigstens einen Ersatz für die bisherige Kriegswochenhilfe zu schaffen, empfehle es sich, die in der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Wochenhilfe und Familienhilfe nach dem Muster der Kriegswochenhilfe, die sich bewährt habe, zweckmäßig auszugestalten. Dabei sei zugleich darauf Bedacht zu nehmen, daß die Neuregelung alsbald nach der Beendigung des Krieges in Kraft tritt, damit zwischen dem Ablauf der Kriegswochenhilfe und der Einführung der neuen Einrichtungen keine empfindliche zeitliche Lücke offen bleibt.

Die neugeregelte Wochenfürsorge soll vier verschiedenen Gruppen von Wöchnerinnen zustehen:

1. Denjenigen, die selbst Mitglieder einer Krankenkasse sind und unter den üblichen Bedingungen des § 195 RVO. (sechsmonatige Mitgliedschaft bei irgendeiner Krankenkasse innerhalb des letzten Jahres vor der Niederkunft) Anspruch auf Wochenhilfe haben,

2. den versicherungsfreien Familienmitgliedern der Versicherten, die mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben (Ehefrauen, erwachsene Töchter),

3. minderbemittelten Wöchnerinnen, die weder selbst versichert noch Familienangehörige von Versicherten sind, wenn ihr und ihres Ehemannes Einkommen zusammen 2500 M. und bei ledigen 1500 M. zuzüglich 250 M. für jedes Kind unter 15 Jahren je Jahr nicht übersteigt,

4. den Ehefrauen ehemaliger Kriegsteilnehmer, die bis zur Beendigung des Krieges und in Ausnahmefällen innerhalb acht Wochen nach derselben entbunden werden.

Die Abgrenzung des Kreises der nach 1, 2 und 3 Anspruchsberechtigten ist klar. Ein Muster juristischer Sprachverwicklung ist aber der § 8 des Gesetzentwurfs, der eine Weiterführung der Unterstützung an die Kriegerfrauen bezweckt. Wie in all den einschlägigen Verordnungen führt das Bestreben, die Vorschrift möglichst kurz zu fassen, zu den mannigfachsten Zweifeln der Auslegung. Er muß unbedingt verständlicher gefaßt werden, wenn nicht die Praxis wieder die verschiedenartigste werden soll.

Ernste Lage in Oberschlesien.

Dauernde Kämpfe.

Die Pressestelle des Staatskommissariats meldet: Die Lage im oberschlesischen Gebiet ist nach wie vor ernst. Unsere Truppen sind bemüht, des Aufstandes Herr zu werden. Es ist aber dringend notwendig, daß fortgesetzt Truppenverstärkungen in das Aufstandsgebiet gesandt werden, schon um die Grenzen ordnungsgemäß zu besetzen und eine Verbindung zwischen den Insurgenten und den Polen unterbinden zu können.

Die Lage im Kattowitzer Bezirk ist leider so, daß zwar Myslowitz und Kattowitz fest in den Händen unseres Militärs sind, daß aber die übrigen Teile dieses Bezirks zum größten Teil als von den Insurgenten besetzt anzusehen sind. Etwas günstiger ist die Lage im Beuthener Bezirk. Aber auch hier ist sie ernst.

In Berichten aus dem Kattowitzer Bezirk heißt es: Im Laufe des gestrigen Tages fanden dauernd Kämpfe in den Dörfern Rosdzin-Schoppinitz, Janau, Gieschewald mit bewaffneten Banden, die mit Maschinengewehren und reichlich Munition versehen waren, statt. Leider gelang es den Banden, einzelne unserer Feldwachen aufzuheben. Gegen abend mußten angesichts dieser Lage die Truppen auf Kattowitz und Myslowitz zurückgezogen werden. Herangezogene Truppenverstärkungen mußten die Aufgabe, die verloren gegangenen Teile dieses Bezirks wieder zu erobern, und eine feste Grenzlinie zu schaffen, ausführen.

Aus dem Beuthener Bezirk wird gemeldet: Gegen abend wurden starke Ansammlungen in der Gegend von Piekar, Godulahütte, Orzegow, Hohenlinde, Schomberg und besonders Kuhnertmühle gemeldet. Die Truppen des Abschnitts Beuthen nahmen an der Säuberung in der Gegend Karf, Friedenshütte, Schlesien-Grube, Piasniki, Königshütte teil.

Für Beuthen wurde für alle Fälle eine größere Truppenmenge bereitgestellt. Die Nacht verlief verhältnismäßig ruhig. Gegen morgen wurden Teile des Detachements Höllmann und des Regiments 63 bei Karf, Beuthen Plasnik und in Gegend von Schomberg, Orzegow, Godulahütte, Morgenrot angesetzt, um die dort versammelten Insurgenten zu vertreiben und die Gegend zu säubern. Abschließende Nachrichten über den Erfolg dieser Unternehmung stehen noch aus. Im Beuthener Bezirk fühlt sich das Militär als Herr der Lage. Ein Bataillon Verstärkung ist eingetroffen.

Generalstreik im Oberelsaß.

Im ganzen Ober-Elsaß ist von der Arbeiterschaft ab heute der Generalstreik erklärt worden. In Mülhausen hat die Straßenbahn den Betrieb eingestellt. Am Sonntagmorgen setzte auch das elektrische Licht aus. Die öffentlichen Betriebe sind durch den Ausstand ebenfalls lahmgelegt.

Streiks im Ausland.

Amerika.

Einer Reutermeldung aus Washington zufolge teilt die Eisenbahnverwaltung mit, daß der Streik der Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten beendet ist.

Wie Reuter meldet, hat der Vollzugsausschuß des Bundes der Lokomotivheizer, der die Maschinisten und Putzer der amerikanischen und kanadischen Eisenbahnern vertritt, beschlossen, eine Lohnerhöhung von 25 bis 65 Prozent zu fordern.

Arbeitsaufnahme in schottischen Kohlengruben.

Wie aus London gemeldet wird, haben die Bergarbeiter der Kohlengruben von Lachore in Schottland nach einem Streik von 11 Wochen die Vorschläge der Arbeitgeber bezüglich der Lohnerhöhungen angenommen. Die Arbeit wird in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden.

Vorkehrungsmaßnahmen gegen einen englischen Verkehrsstreik.

Aus London wird gemeldet: Da die Regierung noch immer fürchtet, daß es zu einem allgemeinen Verkehrsstreik kommt, hat das Nahrungsmittelamt allen lokalen Behörden die Anregung zugehen lassen, sämtliche Automobile, die sich in ihren Bezirken befinden, registrieren zu lassen. Sollte es zu einem Streik kommen, so können mit Hilfe dieser Autos die Nahrungsmitteltransporte aufrechterhalten werden.

Einigungsverhandlungen in Belgien.

Havas-Reuter meldet aus Brüssel, daß der Streikausschuß der Staatsangestellten bei den Verhandlungen mit dem Minister Aufklärungen über Fragen von untergeordneter Bedeutung erhalten hat, daß es jedoch nicht möglich war, eine feste Zusage betreffs der Ursache der Schwierigkeiten, nämlich der Frage des Mindestlohns von 8 Frank täglich für erwachsene nicht qualifizierte Arbeiter zu bekommen. Ein letzter Versuch wird unternommen werden, um bis spätestens Mittwoch eine befriedigende Antwort bezüglich dieses Punktes zu erhalten. Wenn diese nicht erfolgt, wird der Streikausschuß in der Ueberzeugung, daß alle Mittel zur Einigung erschöpft sind, **ohne weiteren Verzug den Streik verkünden.**

Die Leistungen sind nicht für alle Gruppen gleich. Am umfangreichsten sind sie für die unter 1; sie sind hier teilweise sogar weitergehend als in der Kriegswochenhilfe. Es sind zu leisten 1. Entbindungskosten in Höhe von 50 M. (seither 25 M.), 2. ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes auf acht Wochen, 3. eine Beihilfe für Behandlung von Schwangerschaftsbeschwerden bis zu 10 M., 4. ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes auf 12 Wochen. Statt der baren Beihilfen unter 1 und 3 können die Krankenkassen freie Behandlung durch Arzt und Hebamme und freie Arzneien gewähren. Ein Mangel ist, daß man für das Wochen- und Stillgeld nicht einen bestimmten Mindestbetrag (seither 1,50 und 1 M.) vorgesehen hat, da die Krankengelder bei den Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen oft recht kärglich sind, so daß niedrigere Unterstützungen als seither herauskommen. Das Stillgeld sollte auch länger wie 12 Wochen gewährt werden. Die Krankenkassen haben durch Erhebungen festgestellt, daß ein sehr großer Teil der Wöchnerinnen viel länger als 12 Wochen, häufig eine halbes bis drei Vierteljahr stillt. Die Satzung der Krankenkasse kann zwar die Dauer des Wochengeldbezugs auf 10 und die des Stillgeldes auf 26 Wochen erweitern, doch weiß man, daß sich hier „oft im Raume hart die Sachen stoßen". Die versicherungsfreien Familienmitglieder erhalten als Wochengeld nur die Hälfte des Krankengeldes des Versicherten und als Stillgeld täglich 75 Pf. Den „minderbemittelten" Wöchnerinnen (Gruppe 3) wird als Wochengeld nur 1,50 M. und als Stillgeld ebenfalls 75 Pf. täglich gewährt. Die sonstigen Unterstützungen sind allenthalben dieselben.

Die Fürsorge für die eigenen Versicherten und diejenige im Wege der Familienhilfe (Gruppe 2) haben die Krankenkassen voll aus eigenen Mitteln zu leisten. Ein Staatszuschuß, wie er oft von den Kassen gefordert wurde, ist nicht vorgesehen. Da die seitherigen Beitragsmöglichkeiten (bis 6 v. H. vom Durchschnittslohn) nicht ausreichen werden, läßt der Gesetzentwurf Beiträge bis zu 10 v. H. zu. Für die nun obligatorisch gewordene Familienhilfe in der Gestalt von Wochenfürsorge für nichtversicherte Familienangehörige (Gruppe 2) dürfen Zusatzbeiträge (§ 384 RVO.), die von den Versicherten allein zu tragen sind, nicht mehr erhoben werden. Die Wochenhilfe für die Minderbemittelten (Gruppe 3) wird den Allgemeinen Orts- und Landkrankenkassen, denen die Durchführung allein übertragen ist, vollinhaltlich vom Reich erstattet.

Das neue Gesetz soll (mit Ausnahme der Fürsorge für Gruppe 4, die unverändert weitergehen soll) mit dem 1. Oktober 1919 in Kraft treten. Alle entgegenstehenden Vorschriften der Reichsversicherungsordnung werden aufgehoben. Sind auch Verbesserungen des Entwurfs in der angedeuteten Richtung wünschenswert, so ist er als ganzes doch zu begrüßen und seine rechtzeitige Fertigstellung zu erhoffen (augenblicklich ist er einer Kommission der Nationalversammlung zugewiesen worden). Trotz der drückenden wirtschaftlichen Lage, in der sich durch die Kriegswirkungen die Krankenkassen wie auch das Reich befinden, müssen doch die Geldmittel für eine solche Kulturtat ersten Ranges unter allen Umständen aufgebracht werden.

Friedr. Kleeis.

Zentralrat und „Vossische Zeitung".

Eine Indiskretion.

Der Zentralrat (gez. Max Cohen) schreibt uns:

Die in der Sonnabend-Abendnummer in der „Vossischen Zeitung" wiedergegebene Veröffentlichung der Wahlordnung des Zentralrats, die auch der „Vorwärts" in seiner Montagsausgabe wiedergab, ist auf eine Indiskretion zurückzuführen, deren Ursprung bis jetzt noch nicht festgestellt werden konnte. Es handelt sich aber nicht um den endgültigen Text, sondern nur um eine vorläufige Fassung und zwar nur eines Teils der Wahlordnung, die aus mehreren Stücken besteht. Die ganze Wahlordnung wird vielmehr erst in einer am Donnerstag, den 21. August beginnenden Gesamtsitzung des Zentralrats endgültig festgestellt werden. Ihre Veröffentlichung erfolgt unmittelbar hierauf.

Ludendorffs Kriegserinnerungen.

Die rechtsstehende Presse, einschließlich der „Voss. Ztg.", ist von General Ludendorff und seinem Verleger für ihr Wohlverhalten belohnt worden, indem sie instand gesetzt wurde, schon heute morgen ausführliche Auszüge aus den Kriegserinnerungen des unglücklichen Feldherrn zu veröffentlichen. Doch ist der Gewinn, den sie daraus zieht, nicht besonders groß, denn Neues ist in diesen Denkwürdigkeiten in keiner Weise enthalten. Sie sind nur ein Spiegel der Denkweise ihres Verfassers, die ja hinlänglich bekannt ist und die in dem Glaubenssatz gipfelt, Deutschland konnte siegen, wenn es nur siegen wollte, weil aber die politische Leitung den Siegeswillen nicht zu fördern verstand, sei der Krieg verloren gegangen. Interessant ist, daß der politisch gerade nicht fortschrittliche General den westlichen Demokratien eine stärkere Fähigkeit in der Zusammenfassung aller Kräfte zuspricht als dem Deutschen Reich, wie es bis zum 9. November gewesen ist. In diesem Zusammenhang spricht er auch von einem „Kampf gegen die feindlichen Heimatsfronten", dessen Leitung zu den Aufgaben der Regierung gehört hätte. Er übersieht, daß diese sog. „feindlichen Heimatsfronten" erst durch den Annexionismus und durch den Wahnglauben, Deutschland könne in diesem Krieg die Weltherrschaft gewinnen, gezüchtet worden sind.

Ludendorff beruft sich zum Beweise dafür, daß seine Auffassung von den „feindlichen Heimatsfronten" richtig sei, auf eine Aeußerung Ströbels aus dem Jahre 1915: „Ich bekenne offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde." Solche Gedankengänge, die wir stets bekämpft haben, wären nicht möglich gewesen, hätte nicht der äußere Anschein dafür gesprochen, daß ein militärischer Triumph zur Aufrichtung einer unerhörten Gewaltherrschaft nach außen und nach innen mißbraucht werden sollte. Ströbel aber ging, genau wie Ludendorff von falschen Voraussetzungen aus — und darin berühren sich überhaupt Alldeutsche und Unabhängige —, indem er glaubte, daß ein voller Sieg Deutschlands möglich und wahrscheinlich sei. In Wirklichkeit war die Sache so, daß nur ein Wunder Deutschland vor der Zerschmetterung retten konnte; der größenwahnsinnige Glaube, es sei mehr möglich als bestenfalls die ungeschmälerte Erhaltung des Reichsbestandes, war der furchtbarste Verbündete der Gegner, denn er schweißte sie zusammen, zertrat jede Möglichkeit eines Verständigungsfriedens schon im Keim und erschütterte den Verteidigungswillen.

Es ist aber zuzugeben, daß dies zu begreifen und danach zu handeln, nicht Sache des Feldherrn, sondern des politischen Führers war. Es ist nicht Ludendorffs Schuld, daß es keinen Stärkeren über ihn gab, dennoch bleibt es Tatsache: Die Politik Ludendorffs und seines Anhangs hat dem Deutschen Reich den letzten Ausweg, auf dem es vielleicht der Katastrophe entrinnen konnte, gesperrt.

Der Despot von Gerdauen.

Eine nette Landratsgeschichte.

Der Despot? Ja, gibt es denn so etwas noch? Man sollte doch meinen, eine solche Seltenheit könnte nach dem 9 November in der deutschen Republik nicht mehr gedeihen. O doch, der Despot ist da. Natürlich lebt er in Ostpreußen, dort auf dem altgeheiligten, klassischen Boden des Konservatismus, wo die Junker mit der schnellen Reitpeitsche in Reinkultur gezüchtet werden. Der Despot ist dort Landrat des Kreises Gerdauen und herrscht einfach unumschränkt. Immerhin, er konnte den Kreis und das Kreishaus nicht mit einer chinesischen Mauer umgeben und unter den Angestellten befanden sich zwei, die nicht immun gegen die Seuche des Sozialismus waren. Und weil sie wußten, daß es in der deutschen Republik so neue Sachen gibt, wie Angestelltenausschüsse, Tarifverträge, Mitbestimmungsrecht usw., wollten sie mal die Ansichten der Kollegen darüber hören. Einen Angestelltenausschuß gab es schon. Er stellte aber eine geradezu vorbildliche Interessenvertretung der Angestellten vor. Man denke, der Obmann des Ausschusses brachte eine Gehaltsregelung zustande, nach der die Mehrzahl der Angestellten zehn bis dreißig Mark monatlich weniger zu erhalten haben als bisher. Er selbst auch? Nein, er bekommt 35 Mark mehr im Monat. Das ist doch wirklich selbstlos, nicht wahr? Und weiter sitzt im Angestelltenausschuß die Schwester des Kreisausschußsekretärs, eines sehr menschenfreundlichen Herrn. Zu seiner Charakterisierung folgendes:

Er bezeichnete einer Angestellten gegenüber die Bestrebungen ihrer Kollegen einfach als reine Privatsache und als einen Dreck, und warf sie aus seinem Bureau heraus. Zunächst stellt dieses einen bedauerlichen Mangel von Kenntnissen dar, er mußte doch eigentlich wissen, daß die Verordnung über die Bildung von Angestelltenausschüsse Gesetzeskraft hat. Sodann beweist seine Aeußerung erschreckend deutlich, daß gute Erziehung ein unbekannter Begriff für ihn ist. Im neuen Deutschland dürfte ein junges Mädchen, das im Bureau arbeitet, auch dann als Dame zu betrachten sein, wenn es eine Sozialistin ist.

Der Angestelltenausschuß, der einfach diktatorisch über die Kollegen herrschte, wütterte in den beiden Sozialdemokraten Feinde, schwärzte sie also beim Landrat an. Der Landrat, Freiherr von Braun, ergrimmte gewaltig, als er erfuhr, daß trotz des konservativen heiligen Geistes in seinem Kreishaus der fürchterliche sozialistische Bazillus dort einen Nährboden gefunden hatte. Und da warf er kurzerhand die beiden Sünder hinaus; damit aber das Reinigungswerk vollkommen sei, ließ er gleich noch einen dritten fliegen, dessen ganzes Verbrechen seine Zugehörigkeit zur S. P. D., der Regierungspartei, bedeutet. Nun glaubte er, sein Haus gesäubert zu haben.

Aber der Vorstand des S.P.-Ortsvereins Gerdauen dachte dieses nicht, sondern er ersuchte den Landrat um eine Besprechung und forderte Wiedergutmachung dieses ungeheuerlichen Uebergriffs. Eine größere Anzahl Genossen demonstrierte gegen das geradezu empörende Verfahren des Landrats. Und was tat er? Er log zunächst mal und machte Winkelzüge. Als er dann darauf aufmerksam gemacht wurde, daß bei Weigerung gegen die geforderte Wiedereinstellung der Streik unvermeidlich sei, und die Verantwortung allein auf ihn fiele, bequemte er sich nach längerer Verhandlung dazu, schriftlich die Wiedereinstellung zu erklären. Damit war die Verhandlung zu Ende.

Am nächsten Tage fuhren der Herr Baron nach Königsberg und stellten sich dort dem Herrn Reichskommissar als armes, bedrohtes, weißes Schäfchen vor. Se. Gnaden wurden aber glatt abgewiesen. Am folgenden Tage hatte der Vorstand des S. P.-Ortsvereins eine Besprechung mit dem Landrat und dem Angestelltenausschuß, in der dieser seinen unerhörten Antrag auf Entlassung der armen Opfer begründen sollte. Der Herr Obmann erklärte zunächst schüchtern, er gehöre überhaupt keiner Partei an, da ein Beamter dies nicht dürfe! (Er ist aber gar nicht Beamter, sondern Bureaugehilfe, leugnet dies allerdings und meint, er stelle doch woll so was Aehnliches wie einen Assistenten vor." Ja, lieber Himmel.....) Sodann meinte er, die Entlassenen seien unbeliebt gewesen. (Ja, bei ihm.)

Der Herr Landrat aber zückte die Paragraphen des Strafgesetzbuches nach den Schuldigen, wonach der Vorstand und die drei Entlassenen wegen Drohung und Nötigung, wegen Aufreizung zum Aufruhr und als Rädelsführer viele Jahre Gefängnis und Zuchthaus erwirkt haben.

Und dieser Mann ist noch immer Landrat. Nachdem ihm ein Vorstandsmitglied des S. P. D.-Ortsvereins Gerdauen ins Gesicht erklärt hat: „Sie lügen, und es ist eine so gemeine, infame Lüge, daß ich als anständiger Mann nicht mehr mit Ihnen verhandeln kann", müßte der hochgeborene Herr da nicht freiwillig gehen?

Einmalige Beihilfen für Veteranen. Von zuständiger Stelle erfahren die „P. P. N.", daß jedem der zum Empfange der Veteranen-Beihilfe berechtigten Teilnehmer des Krieges 1870/71 und der früheren Feldzüge auch in diesem Jahre sofort eine einmalige Beihilfe in Höhe von 50 M. zu zahlen ist. Diese Beihilfe ist allen Veteranenbeihilfenempfängern zu gewähren, die am 1. August d. J. am Leben waren.

Die gute alte Zeit.

Von Rudolf Rößler.

Wenn immer in der Geschichte der Völker und Zeiten eine Gesellschaftsklasse ihrer bevorzugten ökonomischen und sozialen Stellung verlustig ging, um einer neuen, emporsteigenden und darum lebenskräftigeren Klasse das Feld zu räumen, hat sich der bislang im Mittelpunkte alles Geschehens wähnende Teil der Bevölkerung bitter gekränkt gefühlt. Gewohnt, lange Zeitläufte hindurch mit seinem Geiste und seinem Charakter Staat und Volk geführt zu haben, war er felsenfest davon überzeugt, daß er und sein Werk unersetzbar und unantastbar seien. Bis plötzlich ein ihm bisher fast verborgener Stand, ausgerüstet mit den elementarsten Kräften eines Volkes, von der unaufhaltsamen Entwicklung auf den Plan gerufen, ihn von seiner stolzen Höhe stürzte. Je schwächer und verbrauchter er selbst, desto jäher und tiefer sein Fall. Nach dem Sturz wohl oft noch einmal ein neuer Anlauf, manchmal noch begleitet von flüchtigem Erfolg, dann aber Ernüchterung und Resignation, gesammelt in der Klage um die entschwundene „gute alte Zeit".

Einst war Aegypten mächtig und groß. Seine Könige waren die ersten der Welt. Hermetisch abgeschlossen von der verachteten Welt des geknechteten Volkes, sicherten die beiden herrschenden Stände der Krieger und der Priester dem Reich der Pharaonen vielhundertjährigen Bestand. Dieser Stand erfand die Schrift und legte die Grundsteine unvergänglicher Kultur, jener unterwarf die Völker bis zum fernen Euphrat und zwang sie zu drückendem Tribut. Doch es kam die Zeit, da der Offizier des Königs nicht mehr tapfer focht und die Weisheit der Priester des Osiris vor griechischem Geiste verblaßte und das Volk nicht mehr ohne Zaudern Blut und Schweiß für das Vaterland der Bevorrechteten zu opfern bereit war. Fremde Fürsten eroberten das Land. Da schrieb der Priester auf den Obelisk in Bilderschrift sein Klagelied: Es war einmal . . .

Tausend Jahre weiter. Die orientalischen Weltreiche waren verfallen. Von den Pyrenäen bis zum Schwarzen Meer, von den Hügeln des Rheins bis zu Numidiens Wüstensand war ein großes Reich entstanden, wie es bisher die Welt nicht sah. Roms Adel und Latiums Bauer hatten es geschaffen. Jahrhundertelang hatten die Patrizier ihre Führerrolle inne und niemand machte sie ihnen streitig, so lange sie in Selbstlosigkeit und Aufopferung für den Staat ihr erstes Vorrecht sahen. Als aber die Begriffe „vornehm" und „reich" ein und dasselbe geworden waren, als man nicht mehr, wie einst den Cincinnatus, den Feldherrn vom Pflug weg zum Heere holte, da war es vorbei mit der geschichtlichen Mission des Adels, Haupt und Nerven des Staates zu sein. Aus blutigem Bürgerkrieg erhob sich, gestützt auf das Volk, das Kaisertum. Die Republik und mit ihr die Herrschaft des Senates waren dahin, und ein neuer, vor allem wirtschaftlich bevorzugter Adel trat an die Stelle des alten: der Geldadel der Emporkömmlinge und Kriegsgewinnler, deren letztere es damals nicht weniger gab als heute. Jene alteingesessenen, „echten" Aristokraten aber beweinten mit Cicero in wehmütiger Erinnerung „die gute alte Zeit".

Auch das mittelalterliche und neuere Europa hat seine „guten alten Zeiten", soviele, als es Epochen kultureller Entwicklung durchlaufen hat. Die die Vergangenheit vor allem lobten, waren natürlich stets die, denen die neue Zeit ihre mannigfachen Privilegien entwunden hatte. Glaubte der Ritter vor 400 Jahren doch von den Taten und dem Ruhm seiner Ahnen sich nicht nur ewige Existenzberechtigung, sondern auch dauerndes Vorrecht vor allen anderen Staubgeborenen ableiten zu können, auch als er bis zum Strauchdieb und Wegelagerer herabgesunken war! Ihm taten es hohe und niedere Geistlichkeit gleich, die, selbst als ihre Unwissenheit und Sittenlosigkeit fast sprüchwortlich geworden war, in Ermangelung eigener Tugenden auf die Gelehrsamkeit und den Eifer ihrer Vorgänger pochte. In den gewaltigen revolutionären Zeiten der Renaissance vom Bürger der Städte und vom Reformator der Kirche aus ihren Himmeln gestürzt, blieb ihnen als einziger Trost die Sage von der „guten, alten Zeit".

War der Adel durch die wachsende Macht der Städte auch wirtschaftlich stark ins Hintertreffen geraten, so fand er — freilich nur gegen erhebliche Beschneidung seiner Duodezsouveränität — in der an die Renaissance anschließenden Zeit des Absolutismus am Fürstenhof wieder seine exklusive gesellschaftliche Stellung. Nach wie vor blieb das flache Land in seinem Besitz und die Arbeit der Leibeigenen half ihm weiter ein „standesgemäßes" Leben zu führen. Bis die französische Revolution mit den Flammenzeichen rauchender Schlösser die Zeit einleitete, da der dritte Stand gegen seine Bedrücker sich erhob. Und so schnell wie sie gekommen, verschwand die „galante Zeit". Tiefen Groll im Herzen zogen sich die, die der versunkenen Zeit ihr Gepräge verliehen, zurück in die Behausungen ihrer Ahnen, schrieben Memoiren und lasen pikante Romane aus ihrer Zeit, die ihnen als „die gute alte" galt.

Auch heute spricht man von einer guten alten Zeit. Besonders lebhaft ertönt der Ruf der Resignation aus Kreisen unseres Mittelstandes, der von seiner Mittelstellung zwischen der kapitalistischen Schicht und dem Proletariat immer mehr zu dem letzteren sich herabsinken sieht. Diese Umschichtung der Gesellschaft, schon vor Jahrzehnten begunnen, vollzieht durch das Debakle des Kriegs sich mit immer wachsender Geschwindigkeit. Ist sie an ihrem Endpunkt angelangt, so hat auch die letzte Stunde des kapitalistischen Zeitalters geschlagen. Denn dann wird der im Proletariat aufgegangene Mittelstand keinerlei Interesse mehr daran haben, mit den oberen Zehntausend zu paktieren; das Motiv des einstigen Bundes, der Kampf gegen die ganz unten, ist nicht mehr vorhanden. Weit entfernt davon, diese unabänderliche Entwicklung einzusehen und aus ihr die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen, nämlich den Anschluß an das Proletariat zu suchen, von dem ihn nicht selten nur Unterschiede der Schulbildung trennen, sieht der Mittelstand noch immer in seiner Mehrheit statt vorwärts nach rückwärts und jammert zur stillen Freude derer, denen er doch sein Los verdankt, über die ihm gnädige „gute alte Zeit".

Kinoreform.

Der durch den Stettiner „Bilderbühnenbund Deutscher Städte" in die Tat umgesetzte Gedanke, den durch den Wegfall der Zensur überhandnehmenden Kinoschund und Schmutz durch ein Eingreifen der Stadtverwaltungen zu bekämpfen und allmählich zu beseitigen, hat jetzt, nachdem im vorigen Jahre Neukölln darin vorangegangen ist, nun auch in Oranienburg feste Gestalt angenommen. Dort ist ein gemeinnütziger Verein „Oranienburger Volkslichtspiele" gegründet worden, der ein bestehendes Kino gepachtet und darin einen erprobten Fachmann als Betriebsleiter angestellt hat. In enger Verbindung mit dem Verein steht ein besonderer Lichtspielausschuß, der darüber zu wachen hat, daß die Vorführungen des Vereinstheaters den Stettiner Grundsätzen entsprechen. Besondere Veranstaltungen werden für alle Schulen der Stadt in Anlehnung an den Schulunterricht veranlaßt. So ist einerseits dem Spielleiter volle Freiheit und Selbständigkeit in der Auswahl der Filmprogramme gewährt, andererseits aber auch der Stadt im Bedarfsfalle ein Eingreifen gesichert und die Möglichkeit gegeben, mit dem Theater ihrem eigenen Zweck zu dienen: für das heranwachsende Geschlecht durch fesselnde lebende Bilder ein wichtiges Unterrichtsmittel zu gewinnen.

Die Eröffnung des Theaters fand am Sonnabend statt und errang den wohlverdienten Beifall aller Zuschauer und — diesmal auch Zuhörer, denn unter den gezeigten Filmen befand sich auch ein lehrreicher Film „Kulturbilder aus Java", der statt durch die üblichen „Zwischentitel" durch mündlichen Vortrag erläutert wurde.

Notizen.

— **Die deutschen Illustratoren im Berliner Künstlerhaus.** Vom 31. August bis 1. Oktober veranstaltet der Verband deutscher Illustratoren eine Ausstellung in den Gesamträumen des Künstlerhauses. Eine Abteilung wird „50 Jahre Berliner Illustrationskunst" vorführen.

— Jaurès gesammelte Werke sollen in Paris unter der gemeinsamen Leitung der „Humanité", der sozialistischen Partei und der Gesellschaft der Freunde Jaurès herausgegeben werden. Die Sammlung wird sowohl die veröffentlichten Werke wie die Artikel, Reden und Vorträge erfassen. Die „Humanité" fordert zur finanziellen Unterstützung des Unternehmens auf. Wir sind überzeugt, daß die deutsche Sozialdemokratie trotz der Verarmung unseres Landes sich an diesem Werke beteiligen wird. Der große sozialistische Denker und wahrhaft internationale Friedenspolitiker reicht ja in seinen Werken weit über sein Heimatland hinaus: er war das Herz der Internationale. Sein Vermächtnis gehört der ganzen Welt des Sozialismus.

Einmarsch in Chemnitz.

Ermahnung zur Ruhe.

Die um Chemnitz versammelten Truppen sind heute früh kampflos in die Stadt eingerückt. Der Oberbefehlshaber teilt in einer durch Flieger abgeworfenen Bekanntmachung an die Bewohner von Chemnitz und Umgebung mit: Nachdem meiner Aufforderung vom 11. August zur Waffenablieferung und Wiedereinlieferung der widerrechtlich befreiten Gefangenen bisher nur in gänzlich unzulänglichem Maße entsprochen worden ist, rücke ich zur Durchführung der für die Wiederherstellung dauernd geordneter Verhältnisse nötigen Maßnahmen heute mit den mir unterstellten Truppen in die Stadt ein. Die Bevölkerung ersuche ich, mir Vertrauen zu schenken, die Ruhe zu bewahren, die Arbeit ohne Störung fortzusetzen und die Truppen in keiner Weise zu belästigen.

Um Deutsch-Westungarn.

Wien, 18. August. Der deutschösterreichische Hauptausschuß beschloß zur westungarischen Frage einstimmig, die Note des Staatskanzlers Renner vom 14. August 1919, in der er den Obersten Rat der Verbündeten ersuchte, der Besetzung Westungarns durch deutschösterreichische Sicherheitsorgane zuzustimmen, genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. Er richtete sodann namens Deutschösterreichs an die Bevölkerung Deutsch-Westungarns einen Aufruf, in welchem erklärt wird, die deutschösterreichische Friedensdelegation werde den Deutschen Westungarns das Recht erstreiten, durch freie Volksabstimmung über ihre Zukunft zu entscheiden.

Zur Verstaatlichung der Ilseder Hütte.

Nachdem wir in der Sonntagsausgabe eine fachmännische Zuschrift zu dieser Frage gebracht haben, die sich unter bestimmten sozialistischen Voraussetzungen auf dem Boden der Regierungsvorlage stellt, geben wir nachstehend eine Zuschrift eines Hüttenmannes wieder, der mit uns die Ueberzeugung teilt, daß eine Sozialisierung sämtlicher Erzfelder, also auch desjenigen von Peine, zunächst das Wichtigste ist.

Die Regierungsvorlage bedarf einer völligen Umarbeitung. Soll ein gemeinschaftlicher Einfluß auf die deutsche Eisenerzgewinnung erreicht werden, so ist nicht einzusehen, warum die Ilseder Hütte „verstaatlicht" werden muß. Es genügt vollkommen, wenn die Erzfelder in das Verfügungsrecht des Reiches übergehen. Aber nicht nur die im Gebiete der Ilseder Hütte liegenden Eisenerzfelder, sondern sämtliche im deutschen Reichsgebiete vorkommenden Erzfelder bezw. ihre Ausbeutungen müssen nach sozialistisch-gewerkschaftlichen Gesichtspunkten geregelt werden. Die privatkapitalistische Monopolwirtschaft muß auch in der Eisenerzversorgung aufhören.

Wenn die Begründung der Regierungsvorlage sagt, weil die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Ilseder Hütte (und seinem Walzwerk) und den Erzkonzessionen sozusagen unmöglich sei, müßten Hütte und Walzwerk mit verstaatlicht werden, so darf die Nationalversammlung diesen Einwand nicht tragisch nehmen. Bei gutem Willen und mit unparteiischer Sachkunde lassen sich die Erzfelder separat auf das Reich übertragen. Eine solche betriebswirtschaftliche Transaktion ist gar nichts neues in der Industrie. Die „Protestbewegung der Arbeiter" des Ilseder Werkes gegen die Verstaatlichung der Erzfelder ist äußerst kritisch zu betrachten! Wir möchten wetten, daß hinter dem „Protest der Arbeiter" die Direktion der Hütte steckt, die sich auf einmals als ungeheuer arbeiterfreundlich gibt, während man vor noch nicht langer Zeit in der „Metallarbeiterzeitung" oft Klagen über das „patriarchalische" Scharfmacherregiment der Ilseder Hüttenherrn lesen konnte. Es wäre wirklich interessant, genau festzustellen, welche Vergünstigungen die Hüttendirektion den Arbeitern in Aussicht stellte für den Fall, daß sie sich bereit fänden, den Hüttenherren ihre Position retten zu helfen.

Den Arbeitern scheint vorgeredet zu sein, wenn die Erzfelder in Reichsbesitz übergingen, dann käme die Ilseder Hütte nebst Peiner Walzwerk über kurz oder lang mehr oder weniger zum Stilliegen. Selbstverständlich kann von so etwas keine Rede sein. Es kann sich nur darum handeln, mit den etwa 800 Millionen Tonnen Erze, die schätzungsweise in dem Peine-Salzgitter Gebiete lagern, auch die anderen deutschen Hüttenwerke teilweise zu versorgen, nachdem diesen die Lothringer Minettezufuhr sehr erschwert worden ist. Diese Absicht ist sozialistisch, ihre Durchkreuzung egoistisch.

Die Begründung der Regierungsvorlage ist äußerst anfechtbar. Wer ist denn von den Hüttenleuten so polizeiwidrig töricht, zu glauben, eine vorerst in Aussicht stehende Erzförderung von 3—4 Millionen Tonnen aus dem Peine-Salzgitter Gebiet würde keinen glatten Absatz in Deutschland finden? Uns entgehen jährlich etwa 21 Millionen Tonnen Lothringer Erze, ihr Ersatz aus Skandinavien ist voraussichtlich nur zum geringen Teil möglich, das übrige Ausland wird uns vorläufig auch nicht ausreichend aushelfen.

Es ist nicht anzunehmen, daß ein Spezialist geneigt ist, der von der Regierungsvorlage angenommenen außerordentlich hohen Abfindungssumme an die Ilseder Hüttenherren zuzustimmen. Die Begründung der Regierungsvorlage erzählt selbst, daß die Ilseder Hüttenherren während des Krieges die Notlage des Reiches rücksichtslos ausgenutzt haben, immer darauf bedacht, sich aus öffentlichen Mitteln zu bereichern. Die Ilseder Hütte hat im letzten Jahrzehnt über dreihundert Millionen Mark Dividende verteilt, daneben gewaltige Extrasummen an die Hauptaktionäre gezahlt. Soll das bei der Abfindungssumme unberücksichtigt bleiben?

G. R.

Theodor Barth und der demokratische Gedanke heißt eine kleine Schrift, die Dr. Ernst Feder dieser Tage, mit einem Vorwort von Hugo Preuß versehen, bei Perthes in Gotha erscheinen ließ. Sie sei angelegentlichst denen empfohlen, deren Blick für die enge Verflechtung des demokratischen Gedankens mit dem sozialistischen durch die Wirren dieser Zeit getrübt ist. Sie sei nur ergänzt durch ein Wort, das Barth kurz vor seinem Tode zu dem Verfasser dieser Zeilen sagte, er würde sich keinen Augenblick bedenken, in die sozialdemokratische Partei einzutreten, wenn er sich nicht zu alt dazu fühlte.

F. St.

Industrie und Handel.

Börse.

Der Verkehr an der Börse war äußerst lustlos. Die Tendenz mit dem Hinweis auf die weitere Entwertung der Reichsmark im Auslande abgeschwächt. Einige Beachtung fanden nur ausländische Werte, wie Kanada und Steaua Romana. Auch Kolonialpapiere stellten sich höher, dagegen waren Montanwerte überwiegend niedriger. Höhere Kurse erzielten Schiffahrtsaktien mit dem Hinweis auf die Auslassungen Huldermanns von der Hamburg—Amerika-Linie über den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte. Elektropapiere waren abgeschwächt, ebenso Rüstungswerte. Heimische Anleihen waren lebhaft, Kriegsanleihen stellten sich auf 70,80 Proz.

Groß-Berlin

„Werden Sie Steinklopfer!"

Uns geht aus Berliner Kreisen folgender Notschrei eines Junglehrers zu:

Als in Berlin Staatliche Sonderlehrgänge für Kriegsseminaristen eröffnet wurden, da versprach das Kultusministerium, daß für die aus diesen Kursen hervorgehenden Lehrer durch weitgehendes Entgegenkommen genügend Stellen frei sein würden. Nunmehr sind bereits acht Wochen vergangen, seitdem der erste der mit so vielen Versprechungen begonnenen Kurse seine Prüfung bestanden hat, ohne daß von dem Entgegenkommen etwas zu merken ist. Wenn auch einige der Teilnehmer durch „Schiebung" und „gute Verbindungen" bereits in Amt und Würden sind, so ist doch bisher noch keins der gegebenen Versprechen erfüllt worden. Im Gegenteil! Man hat in den acht Wochen noch nicht einmal Zeit gehabt, uns die Zeugnisse zuzustellen, damit wir als „geeignete" Bewerber um ein Lehramt gelten können. Alle Bemühungen und Eingaben sind vergeblich, ja noch mehr, man lächelt noch ob unserer mißlichen Lage. Der Berliner Stadtschulinspektor Dr. Dickhoff sagte heute: „Gewiß, mein lieber Freund (?), fixieren Sie die Sache schriftlich und senden Sie heute noch ein Gesuch ein, ich werde mein möglichstes tun!" — und nach acht Tagen da prangt seine eigenhändige Unterschrift unter einem nichtssagenden Dokument: „Der Bedarf ist durch vorliegende „geeignete" Bewerbungen gedeckt!" Dabei aber verlangen fast alle Berliner Rektoren nach Vertretern! Versucht man es bei der nächsthöheren Behörde, beim Provinzialschulkollegium, so ergeht es einem nicht besser, ja, der Herr Regierungsschulrat Lic. Fischer antwortet einem sogar ganz kaltblütig: „Werden Sie Steinklopfer!" Und das einem Kollegen, der sich, die unheilvolle Kriegszeit eingerechnet, 10½ Jahre lang auf den Lehrerberuf vorbereitet hat!

Wo bleibt da der vielversprochene Dank des Vaterlandes? Wo bleibt da das vielversprochene „wohlwollende Entgegenkommen" und die so schön gepredigte Rücksichtnahme auf die Kriegsteilnehmer!?! Hat man nicht 4½ Jahre hindurch Zeit gehabt, Mittel und Wege zu finden, den Dank des Vaterlandes für uns zu erwägen! Statt dessen die vielsagende Antwort: „Werden Sie Steinklopfer!". Leicht gesagt, aber erst vormachen!

Dazu kommt noch, daß man keinerlei Schritte unternimmt, um die pekuniäre Lage der jungen Lehrer zu verbessern. Jeder stellungslose Arbeiter bezieht Erwerbslosenfürsorge, warum wird dem jungen, noch nicht im Amte befindlichen Lehrer keine Entschädigung gezahlt? Sollen denn junge Leute von 22—28 Jahren — um solche handelt es sich bei den Kriegsteilnehmern doch — die schon 2—6 Jahre im Amte sein könnten, noch immer vom Geldbeutel ihrer Eltern schmarotzen. Man zwingt uns zu schweren Entbehrungen, wo soll da die Lust und Liebe zur Erziehung bleiben, die doch die Grundbedingung ist für den Erfolg des Unterrichtes! „Werden Sie Steinklopfer!" Das ist der ganze Trost und die einzigste Hilfe, die man für uns übrig hat!

H. M.

Steuererhöhungen in den Vororten.

Der Neuköllner Magistrat schlägt den Stadtverordneten vor, den Zuschlag zur Einkommensteuer, vom 1. April 1919 ab mit rückwirkender Kraft von 200 auf 300 Proz. zu erhöhen. Die Staffelung der Zuschläge gemäß den neuesten gesetzlichen Bestimmungen soll derart vorgenommen werden, daß Einkommen bis 1200 M. überhaupt frei bleiben, die Zuschläge für Einkommen über 6500 Mark nach einem Tarif herangezogen werden, dessen Steuersätze wie in Berlin um ein Drittel der im Gesetz über die besonderen Zuschläge vorgeschlagenen Zuschlagsprozente höher sind. Zu der Steuererhöhung auf 300 Proz. hat sich Neukölln auch deshalb entschlossen, weil es nicht auf den Zuschuß der Provinz Brandenburg verzichten will, der der Stadt in der Höhe von 1,2 Millionen Mark als Lastenausgleich bisher zugebilligt worden ist.

In Friedrichsfelde haben Gemeindevorstand und Etatsausschuß beschlossen, den ursprünglich auf nur 210 Proz. festgesetzten Zuschlag auf 250 Proz. zu erhöhen. Auch hier spielt der Gesichtspunkt eine Rolle, daß bei einer Steuererhöhung die Gemeinde voraussichtlich einen Beitrag aus den von der Provinz zur Verfügung gestellten Mitteln zur Unterstützung leistungsschwacher Gemeinden erhalten dürfte. Die Einkommen unter 1500 M. sollen zuschlagfrei bleiben, bis 2700 M. Ermäßigungen erfahren, während die Einkommen über 6500 M. bis 12 500 M. mit besonderen Zuschlägen von 5 bis 25 Proz., über 12 500 M. in voller Höhe (40 bis 100 Proz.) der im Gesetz vorgesehenen Zuschlagsprozente herangezogen werden sollen.

Die Einigungsstelle der Sozialdemokratie

hielt gestern ihre Generalversammlung ab. Der Sekretär Zimmermann erstattete den Vorstandsbericht, in dem er in kurzen Zügen die Tätigkeit des Vorstandes seit der im Januar erfolgten Gründung schilderte. Einen Kassenbericht abzugeben sei er nicht in der Lage, da Abschluß und Prüfung der Bücher durch die Revisoren bis dahin noch nicht definitiv erfolgt war. Es wurde daraufhin beschlossen, im Zeitraum von spätestens drei Wochen eine weitere Generalversammlung abzuhalten, die den Kassenbericht entgegennehmen soll. Ueber den Vorstandsbericht entspann sich eine zum Teil sehr heftige Debatte, in der von fast sämtlichen Rednern ausgeführt wurde, daß der Vorstand sowohl in organisatorischer wie auch in politischer Beziehung versagt habe. Es wurde insbesondere festgestellt, daß in organisatorischer Beziehung eine volle Anarchie herrsche und daß man sich in der Geschäftsstelle überhaupt nicht zurechtfinden könne. Unter anderem wies Dr. Joelsohn darauf hin, daß bisher alle politischen Leitgedanken gefehlt hätten. Die Zentralstelle habe es bisher versäumt, bezüglich politischer Streitfragen eine Brücke zwischen den Angehörigen der U. S. P. D. und der S. P. D. zu bauen. Es wurde schließlich auf Antrag Näglers hin die Bewilligung der Entlastung des Vorstandes beschlossen, jedoch wurde an diesen Beschluß die einschränkende Kritik geknüpft, daß der Vorstand in verschiedenen Punkten nicht das geleistet habe, was die Mitgliedschaft von ihm hätte erwarten müssen. In der anschließenden Vorstandsneuwahl wurden gewählt: als Vorsitzende Eduard Bernstein (S. P. D.) und Nerlich (U. S. P. D.), als Schriftführer Riedeling (S. P. D.) und Dr. Nestripke (U. S. P. D.). Die Wahl des Kassierers wurde bis zur nächsten Generalversammlung ausgesetzt. Als Beisitzer wurden gewählt: Mietz und Frau Ritter von der U. S. P. D. und Kaliski und Dr. Joelsohn von der S. P. D. Die weiteren Verhandlungen wurden wegen der vorgerückten Stunde bis zur nächsten Generalversammlung vertagt.

Betriebsunfall. Auf eigenartige Weise ums Leben gekommen ist Montag nachmittag in der optischen Fabrik von Görz in Friedenau der 40 Jahre alte Arbeiter Willy Weber aus der Hardenbergstraße 36 zu Steglitz. Weber hatte den Auftrag erhalten, ein Nickelbad, in dem sich auch eine Zyankalilösung befand, zu entleeren. Entgegen der Vorschrift, nach der das Bad mit Schöpfkellen zu entleeren ist, nahm Weber einen Gummischlauch, um den Inhalt des Bades auslaufen zu lassen. Er steckte das Schlauchende in den Mund, um die Flüssigkeit anzuziehen. Die Wirkung war schrecklich. Er bekam sofort heftige Schmerzen und starb schon nach einer halben Stunde an den Folgen der Vergiftung. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Ein seltsames Schauspiel hatte gestern eine große Menschenmenge auf das Tempelhofer Feld gelockt. Zwei Fesselballons stiegen nebeneinander langsam empor. In der Gondel des einen befanden sich Kinooperateure mit dem Kurbelkasten, an dem anderen hing statt des Korbes ein lebendes Pferd mit Harry Piel als Reiter. In einer Höhe von 280 Metern löste sich Roß und Reiter vom Ballon und unter ungeheurer Erregung der Zuschauermenge sanken beide getragen von einem Fallschirm, zur Erde nieder. Es hatte wochenlanger Vorbereitungen bedurft, um diese halsbrecherische Aufgabe, die von bestem Gelingen gekrönt war, wagen zu können.

Für 36 000 M. Saccharin beschlagnahmt. Unangebrachter Geiz hat gestern einen Schmuggler, der seit längerer Zeit einen ausgedehnten Saccharintransport nach Berlin betreibt, der Polizei in die Hände geliefert. In einer Pension in der Schöneberger Str. 33 wohnte seit einigen Tagen ein Vizefeldwebel Pfau, der angab, dem Grenzschutz Ost anzugehören und nach Berlin gekommen zu sein, um hier seinen Urlaub zu verleben. Pfau wohnte in der Pension, geriet jedoch gestern mit dem Inhaber in einen Streit, so daß dieser ihm sofort sein Zimmer kündigte und als Bezahlung 50 M. verlangte. Der Feldwebel fand diese Forderung zu hoch und weigerte sich, zu zahlen. Darauf begab sich der Vermieter zu der Bahnhofswache der Kommandantur am Anhalter Bahnhof und bat um Festnahme des „Urlaubers", da zu vermuten sei, daß der Mieter, ohne zu zahlen, das Weite suchen werde. Als Soldaten darauf das Zimmer betraten, versuchte der Feldwebel zu flüchten und stieß den Wirt beiseite, um die Tür zu gewinnen. Die Wachtsoldaten nahmen Pfau, der einen Dienstrevolver trug, fest und beschlagnahmten sein Gepäck. Auf der Bahnhofswache wies sich der Festgenommene als Vizefeldwebel Pfau aus und zeigte einen dementsprechenden Militärurlaub- und Fahrschein vor. Dem Wachhabenden kam die Sache jedoch verdächtig vor und so untersuchte er die Brieftasche des Verhafteten. Darin fanden sich 12 297 M. in deutschem Gelde und 370 Rubel in sogenanntem Ostgeld. Außerdem besaß Pfau eine Reihe weiterer gestempelter, aber unausgefüllter Urlaub- und Fahrscheine. In dem Handkoffer Pfaus fand man 30 Kilogramm hochwertiges Saccharin. Der Festgenommene gestand nun, daß er seit längerer Zeit einen Schmuggel zwischen Polen und Berlin treibe und bereits mehrmals ähnliche Posten Süßstoff hier abgesetzt habe.

Der Arbeiter-Schwimmklub „Neptun", Weißensee, hielt am Sonntag im Seebad Weißensee sein erstes Schwimmfest nach dem Kriege ab. Es wurden folgende Resultate erzielt: Eröffnungsschwimmen 50 m. a) Mädchen bis 14 Jahre: E. Breficke 1 Min. ⁴/₅ Sek., 2. Ch. Grosse. b) Jugend 14—17 Jahre (100 m): 1. M. Irlwek 2 Min. 14⁴/₅ Sek., 2. Rosenberg. c) Damen (100 m): 1. Ch. Köppe 2 Min. 28¹/₅ Sek., 2. Mitscherlich. Knaben (50 m): 1. Voß 1 Min. 1 Sek., 2. Behlisch. 14—17 Jahre (100 m): 1. Zimmermann 2 Min. 2¹/₅ Sek., 2. Boden. Männer (100 m): Bosseler 1 Min. 45¹/₅ Sek., 2. Schochow. Kürlpringen: 1. Menschel „Neptun"-W. 20¹/₅ Punkt. Rettungsschwimmen: Sillau 1 Min. 11⁴/₅ Sek. Lok. Damenbrustschwimmen (100 m): Mädchen: A. Weirich-Weißensee 1,59⁴/₅ Min., 2. Schmidt. Jugend 14—17 Jahre: 1. Reich-Weißensee 2,7⁴/₅ Min. 2. Krüsike. Damen: Eisert-Weißensee 2,4⁴/₅ Min., 2. Langer. Lok. Lagenstaffette 4×50 m: 1. S.-K.-Weißensee 3 Min., 2⁴/₅ Sek., 2. Lichtenberg. Schulbrustschwimmen: 1. Schmidt 3⁴/₅ Punkte. Lok. Jgd.-Bruststaffette: 1. Neukölln 3 Min., 42⁴/₅ Sek. Das Wasserballspiel gewann Weißensee gegen Lichtenberg mit 2:1 Goal.

Adlershof. Aus der Gemeindevertretung. Die Vertretung beschloß zunächst die Errichtung eines Wohnungsamts. Die Leitung soll einem technischen, dem Bauamt zugeteilten Angestellten übertragen werden. Als Kontrollinstanz für das Wohnungsamt wurde ein Ausschuß von vier Mitgliedern gewählt, dem von unserer Fraktion der Gen. Kramer angehört. Da die Gemeinde seit einiger Zeit die ausländischen Lebensmittel selbst verteilt, so haben die Händler die Uebernahme sämtlicher rationierter Lebensmittel verweigert. Die Gemeinde sieht sich daher genötigt, sämtliche rationierten Lebensmittel selbst auszugeben. Hierzu reicht der bisherige Verkaufsstand nicht aus. Es wurde beschlossen, eine zweite Verkaufsstelle einzurichten. Wegen der Errichtung einer dritten Verkaufsstelle schweben Verhandlungen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Reinickendorf. Auf Abschnitt 77 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 250 Gramm Maisfabrikate (1,45 M.). Abschnitte sind bis Dienstag, den 26. abzugeben. Auf Abschnitt 74 und 75 je 250 Gramm ausländische Hülsenfrüchte (1,25 M.). Die betreffenden zusammenhängenden Abschnitte sind bis Donnerstag, den 28., abzugeben. Auf Abschnitt 72 und 73 ebenfalls je 250 Gramm ausländische Hülsenfrüchte. Die Abschnitte sind bis Sonnabend, den 23., abzugeben.

Pankow. Vom Mittwoch ab auf Abschnitte 55 und 58 der allgemeinen Lebensmittelkarte 200 Gramm und 125, zusammen 325 Gramm inländische Hülsenfrüchte (0,67 Mk.). Von heute ab auf Abschnitt 39 für Jugendliche 125 Gramm Reis (0,51 M.) und auf die Abschnitte 40 und 41 der Jugendlichenkarte zusammen 250 Gramm Maisgrieß (1,45 M.)

Brix. Auf Abschnitt 77 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 250 Gramm Maismehl in der Verkaufsstelle Hannemannstraße, außer der Nummernreihenfolge.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentralstelle für Einigung. Ortsgruppe Karlshorst. Mittwoch, 8 Uhr, bei Wenier, Treskow-Allee 107: Versammlung. — **Freie Turnerschaft Neukölln-Brix.** Am Sonnabend: Außerordentliche Vereinsversammlung im „Deutschen Wirtshaus", Bergstr. 136—137. Beginn: pünktlich 7½ Uhr. Mitgliedsbuch legitimiert!

Groß-Berliner Parteinachrichten.

28. Abt. Mittwoch, 8 Uhr, bei Huthmann, Marienburger Str. 1: Frauenabend. Genosse Weide: „Müssen die Frauen für den Sozialismus eintreten?"

Wilmersdorf. Morgen 8 Uhr: Extrazahlabend in den bekannten Lokalen. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Transportarbeiter.

In der gestern tagenden Generalversammlung der Transportarbeiter berichtete Schuhmann über den Konflikt zwischen Verbandsleitung und Ortsverwaltung. Die Verbandsleitung habe es nicht verantworten können, die neugewählte Ortsverwaltung zu bestätigen. Gleich zu Beginn wird der Redner durch fortwährende Zwischenrufe gestört.) Da der Bezirksleiter Werner als Maßregler vorgesehen war, fällt diese Differenz fort. Die Verbandsleitung könne aber der Entlassung des Bezirkssekretärs Liebenow nicht eher zustimmen, solange nicht nachgewiesen werde, daß er seine Pflicht nicht getan habe. Ein weiterer Grund sei, daß der Bezirksleiter und Sekretär an den Ortsverwaltungssitzungen nur mit beratender Stimme teilnehmen sollten. Wenn er das Wort in den Generalversammlungen erhalten hätte, so wären manche Differenzen erst gar nicht entstanden. Der Kassierer könnte nicht bestätigt werden, weil die Verbandsleitung der Auffassung ist, daß er nicht die nötigen Fähigkeiten dazu habe. Ein sehr wichtiger Grund für die Nichtbestätigung sei, daß von verschiedenen Branchen als Voraussetzung zur Wahl

die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Richtung verlangt wurde.

Der Verbandstag in Stuttgart habe die Haltung des Vorstandes gebilligt. Die Verbandsleitung mache folgende Vorschläge: der Kollege Orthmann wird als Bezirksleiter bestätigt, ebenso Klose als Stellvertreter. Bei dem Kollegen Liebenow ziehe der Vorstand in Erwägung, durch Verschiebung der Funktionäre den Wünschen gerecht zu werden. Steinicke soll als Kassierer im Amte bleiben und der von der Generalversammlung Vorgeschlagene soll in die Stelle des 2. Kassierers rücken. Die Ortsverwaltung soll auf 29 Mitglieder erhöht werden. In Zukunft müssen aber die Wahlen regelrecht stattfinden; es dürfe keine Befragung nach politischer Organisationszugehörigkeit erfolgen. — In der Diskussion erklärte Marschke im Namen der Opposition, der Kompromißvorschlag des Hauptvorstandes sei vollkommen unannehmbar. Klose meinte, daß es sogar die Pflicht der Kollegenschaft sei, nach der politischen Organisationszugehörigkeit zu fragen. Er gehe dabei auf den Verkehrsstreik, die Haltung des „Vorwärts" und die Schuhmanns zu diesem Streik ein. Nach einer lang ausgedehnten Aussprache wurde ein Schlußantrag angenommen. Der Einigungsvorschlag des Hauptvorstandes wurde gegen eine Minderheit abgelehnt. Orthmann erklärte darauf, daß er für etwaige Vorkommnisse in Zukunft keine Verantwortung übernehme. Ueber einen weiteren Kompromißvorschlag Kloses entspann sich nochmals eine Debatte. Trotzdem

der erst kürzlich von der Opposition gewählte Orthmann sich die größte Mühe gab, es doch noch zu einer Verständigung kommen zu lassen, war dies unmöglich. Er stieß gerade auf den stürmischsten Widerspruch der Leute, die ihn in die Ortsverwaltung gewählt hatten. Die Versammlung wurde dann ergebnislos vertagt.

Vereitelte Tarifverhandlungen in den Kriegsorganisationen.

Vom Zentralverband der Handlungsgehilfen wird uns geschrieben:

Am 18. d. M. fand im Reichsarbeitsamt eine Sitzung zwischen den Vertretern der Reichsämter, Direktoren der Kriegsorganisationen und der Arbeitnehmer statt. Für die letzteren waren außer dem Arbeitsausschuß die freien Gewerkschaften erschienen, deren Mitwirkung der Arbeitsausschuß ablehnte. Die Vertreter der Reichsämter und der Direktoren schlossen sich dieser Erklärung nicht an, sondern betonten, daß sie, um erneute Unruhe in den Betrieben zu vermeiden, mit der Mitarbeit der freien Gewerkschaften einverstanden seien. Der Arbeitsausschuß beharrte auf seinem gewerkschaftsfeindlichen Standpunkte, so daß dem Verhandlungsleiter nichts anderes übrig blieb, als die Sitzung zu vertagen und mit Nachdruck zu erklären, der Arbeitsausschuß verschleppe die Verhandlungen und schädige die Interessen der Angestellten.

Von dem Arbeitsausschuß sind jüngst alle Angestelltenausschüsse der Kriegsorganisationen in einem Rundschreiben zu freiwilligen Sammlungen und zur Hergabe einer Bescheinigung, daß er der alleinberechtigte Vertreter der Angestellten sei, aufgefordert worden.

Die Mitwirkung der freien Gewerkschaften und deren Erfahrung beim Kollektivvertrag wird in allen Kreisen der Angestellten begrüßt. Die Angestelltenausschüsse seien daher dringend gewarnt, dem Arbeitsausschuß die verlangte Bescheinigung auszustellen und freiwillige Beiträge für ihn zu sammeln.

Ein Einigungsamt, das keinen Schiedsspruch fällen kann.

Die gewerblichen Arbeitnehmer aus den größeren Kolonialwaren-Großhandlungen Berlins stehen schon seit Ende Juni d. Js. in einer Lohnbewegung. Die Lohnsätze in den meisten Betrieben waren bis Anfang dieses Jahres geradezu jammervoll. Es wurden noch Löhne für Arbeiter und Kutscher von M. 55, 60, 65 und teilweise 70, für Arbeiterinnen M. 25 bis 30 pro Woche und für Kassenboten M. 220 monatlich gezahlt. Durch einen mit dem Transportarbeiterverband für die betr. Arbeitnehmer abgeschlossenen Tarifvertrag wurden die Löhne auf M. 70 bis 75 für Arbeiter, M. 75 bis 80 für Kutscher, M. 35 bis 40 für Arbeiterinnen und M. 275 bis 300 für Kassenboten heraufgesetzt.

Für jeden einsichtigen Menschen war es klar, daß die Arbeitnehmer angesichts der herrschenden Teuerung auch bei diesen Löhnen keine Seide spinnen konnten und so wurde denn der Tarifvertrag zum 30. Juni gekündigt. Gefordert wurden 120 M. für Kutscher und Arbeiter, 65 M. für Arbeiterinnen pro Woche und 450 M. monatlich für Kassenboten. Diese Forderungen lehnten die Unternehmer rundweg ab mit dem Bemerken, daß es ihnen bei der Preisspanne, welche sie an den ihnen zugewiesenen Waren haben, unmöglich sei, diese Löhne zu zahlen. Durch lang ausgedehnte Verhandlungen erklärten sich schließlich die Unternehmer bereit, für Arbeiter M. 95,—, für Kutscher M. 100, für Arbeiterinnen M. 50,— Wochenlohn und für Kassenboten M. 360,— monatlich zu zahlen.

Angesichts der Verschuldung, in die die Arbeiterschaft durch die bisher bezogenen äußerst niedrigen Löhne geraten war, glaubten die Arbeiter, das Zugeständnis als nicht genügend ansehen zu müssen und riefen das Einigungsamt des Gewerbegerichtes an, um einen Schiedsspruch zu fällen. Das Einigungsamt hat am Sonnabend, den 16. August 1919, unter dem Vorsitze des Magistratsrates Dr. Leo getagt. Schon in der öffentlichen Verhandlung ließ der Vorsitzende klar und deutlich erkennen, daß er den Standpunkt der Unternehmer billigt und nicht begreifen kann, warum die Arbeitnehmer die Zugeständnisse nicht annehmen wollen. Nach längerer Beratung des Gerichts verkündete der Vorsitzende, daß das Einigungsamt keinen Schiedsspruch hat fällen können, da ein Einverständnis der Beisitzer nicht zu erzielen war und er als Vorsitzender kein unparteiisches Urteil abgeben konnte.

Mit dem Ausgang ihrer Angelegenheit vor dem Einigungsamt wird sich eine heute, Dienstag, stattfindende allgemeine Versammlung beschäftigen und ist es nicht ausgeschlossen, daß es in diesen Betrieben zum Ausstand kommt.

Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß die Unternehmer bei Abschluß des Vertrages eine Wirtschaftsbeihilfe von 300 M. gezahlt hatten, die aber wohl nur als notdürftiger Ausgleich für die bis dahin gezahlten äußerst niedrigen Löhne zu betrachten war.

Drohender Streik in den Molkereibetrieben Groß-Berlins.

Seit Mai d. J. laufen die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Molkereibetriebe Groß-Berlins. In den Verhandlungen wurde auf allen Seiten anerkannt, daß die geradezu dem guten Willen widersprechenden Löhne und Gehälter unbedingt aufbesserungsbedürftig sind. Wenn die Arbeiterschaft unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage der Betriebe sich damit einverstanden erklärt hat, den mit der städtischen Molkerei „Meierei Groß-Berlin“ abgeschlossenen Tarif ihren Verhandlungen zugrunde zu legen, so hat sie damit gezeigt, daß sie zu dem weitgehendsten Entgegenkommen bereit ist. Auf dieser Basis ist dann nach vielen Verhandlungen Ende Juli eine Vereinbarung zustande gekommen. Bis heute haben die Arbeitgeber aber noch nicht daran gedacht, diese zu erfüllen; im Gegenteil, sie versuchen durch eine geradezu aufreizend wirkende Verschleppung die Arbeiterschaft zum Aeußersten zu treiben. Sie nehmen nicht die geringste Rücksicht auf die Säuglinge und stillenden Mütter, glauben jedoch durch ihre Provokation die Arbeiterschaft zum Streik treiben zu können, um auf diese Weise besondere Vorteile für sich herauszuholen. Frivoler ist bisher von Arbeitgebern noch niemals ein Streik vom Zaune gebrochen worden. Die Arbeiterschaft der Betriebe ist nicht gewillt, sich von den Herren provozieren zu lassen, sie denkt aber auch nicht daran, auf ihre berechtigten Forderungen zu verzichten. Für die Folgen, die sich aus dem Vorgehen der Arbeitgeber ergeben, muß sie jede Verantwortung ablehnen. Sache der zuständigen Behörden sollte es sein, den Herren Molkereibesitzern zu zeigen, daß auch sie Rücksicht auf die Interessen der Allgemeinheit zu nehmen haben.

Zentralverband der Handlungsgehilfen. Deutscher Transportarbeiterverband. Holzarbeiterverband. Verband der Maschinisten und Heizer. Metallarbeiterverband. Verband der Molkereifachleute.

Eine Forschungsgesellschaft für wirtschaftlichen Baubetrieb ist im Juli dieses Jahres in Berlin gegründet worden. In einem Erlaß an die Bezirkswohnungskommissare ersucht der Reichswohnungskommissar die Gesellschaft mit Rücksicht auf die Bedeutung ihrer Arbeiten für die Neugestaltung des Bauwesens durch die Behörden zu fördern und zu unterstützen. Eine der dringlichsten Aufgaben der Gesellschaft ist die Untersuchung des Taylorsystems auf seine Eignung für das Bauwesen.

Der Sitz der Gesellschaft ist vorläufig Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 11.

Deutscher Transportarbeiterverband, Sektion 5, Industriearbeiter. Donnerstag, 21. August, nachmittags 5 Uhr, im Lokal von Riedel, Hussitenstr. 40: Wichtige Konferenz für die in der Metall-, Elektro- und Rüstungsindustrie tätigen Funktionäre und Vertrauensleute. In dieser Konferenz wird Bericht gegeben über den Stand der gepflogenen Verhandlungen mit den Metallindustriellen zwecks Abschlusses eines neuen Lohnabkommens. Ferner ist über das Ergebnis Beschluß zu fassen. Jeder Betrieb muß durch die Funktionäre bestimmt vertreten sein; als Ausweis dient die Legitimationskarte, ohne diese erhält niemand Zutritt!

Die Sektionsleitung.

Aus aller Welt.

Glodfunde in Nordwales.

Haag, 19. Aug. In Nordwales wurden Goldfunde entdeckt. Die Erze wurden nach London gebracht und dort untersucht. Die Sachverständigenurteile lauten sehr günstig. Es ist bekannt, daß bereits in früheren Jahren ziemlich erhebliche Mengen Gold dort gefunden worden.

Verantw. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.

S. P. D. — 21. Abteilung
Nach kurzem Krankenlager verstarb am Sonnabend, den 16. August, der Parteiveteran
Louis Rennthaler
im 69. Lebensjahre.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren! 216/18
Beerdigung findet statt Mittwoch, 20. August, nachmittags 4 Uhr, auf dem Thomaskirchhof in Neukölln, Hermannstr. 169-171.

Hebamme. Vertrauensvolle Auskunft. Preuß, Brunnenstr. 19.

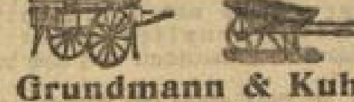
Ein Freudentag ist der Waschtag

mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Liebigs“ Dampf-Wasch-Automaten, der dauernd Arbeitszeit, Arbeitslohn, Seife und Feuerung erspart und in jedem Raum für Gas- und Küchenherd benutzbar ist, ohne jede Bedienung, größte Schonung der Wäsche, selbst mit den markenfreien Seifenersatzmitteln, wovon wir das Bestbewährte auf Wunsch liefern. Die Anschaffung wird evtl. auch durch bequeme Zahlungsweise erleichtert. Preis je nach Größe und dem zurzeit in Frage kommenden Teuerungszuschlag von 61 Mark an.
Näheres durch Preisliste V. mit Abbildungen gratis.
„Liebigs“ Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 27a.

Kleine Anzeigen im „Vorwärts“ sind billig und erfolgreich!

Kuhla-Pianos
Verkauf im Fabrikmagazin N 31, Wattstr. 17/18.

Elektro-Motore
Kupferdrähte und andere elektrische Materialien kauft Elektromechanik Zentrum Kurzestr. 18. Tel.: Alex. 4782.



Grundmann & Kuhn
Erste Berliner Spezialfabrik für Transportgeräte.
Berlin SO 16, Köpenicker Str. 73 u. 113

Keine Wanze mehr für M. 2,50
nur mit Kammerjäger Bergs Nicodanol I u. II zu erzielen.
Restlose Wanzen- u. Brutvernichtung
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt. — Viele Dankschreiben. — Doppelpaket M. 2,50. Ausreichend für 1 bis 3 Zimmer und Betten.
Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim.
Bei Eins. von M. 2,70, oder Postscheckkonto Berlin 31 286 portofr. Zus. durch H. A. Groesel, Berlin, Königgrätzer Str. 49

Verkäufe

Pelzgarnituren! Wunderbare Kreuzfüchse von 100 Mark an! Alaskafüchse 75 Mark! Echte Rotfüchse 90 Mark! Elegante Silberfüchse, Eisfüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten in großer Auswahl zu allerbilligsten Sommerpreisen! Herrenanzüge! Herrenpaletots! Ripsraglans! Schmucksachen! Leihhaus! Mauerstraße 7. 114K*

Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Massenauswahl! Pelzsachen! Herrengarderobe! Goldsachen. Bettenverkauf. *

Dezimalwagen, Tafelwagen, Gewichte liefert ab Lager. Wagner, Köpenickerstraße 71.

Skunksstolen, Skunksmuffen sowie Kreuzfüchse, Rotfüchse, Alaskafüchse, Zobelfüchse, Marder, Opossum und alle anderen echten Pelzwaren verkaufe in der Sommerzeit von Mark 25—500. Pinnas, Pelz-Vertrieb, Berlin-Charlottenburg. Nur Leibnizstraße 69, Etagengeschäft. Nicht Ladengeschäft. Kantstraße. Gegründet 1910.

Totalausverkauf! Pelzwarenhaus Wegner, Belle-Alliancestr. 48. Wegen Krankheit Auflösung meines Lagers. Beschleunigter Totalausverkauf sämtlicher Pelzwaren aller erdenklicher Pelzarten zu fabelhaft billigen Preisen, da auf alle Fälle geräumt werden muß. Nur einmalige Gelegenheitskäufe in Brillanten, Ringen, Uhren, Ketten, Ohrringen, Taschen, Börsen, Dosen, Theatergläsern und vielem anderen. Günstigste Kaufgelegenheit für Wiederverkäufer. Geöffnet 9 bis 1, 3 bis 7. — Sonntags geschlossen. *

Kreuzfüchse, Alaska-Blaufüchse, prima, von 95—325,—. Gelegenheit in Skunks, Marder, Herren-Gehpelzen, Sportpelzen, Wagenpelzen. — Großer Posten Herrenanzüge, Paletots, von 85—250,—, hochelegant. Gelegenheit in Damenkostümen, Plüschmänteln, Astrachanmäntels. — Ferner im Lombard verfallene Uhren, Ringe, Brillanten, Ketten, Taschen, unter Taxwerten im Leihhaus Moritzplatz 58 a. 117K*

Gardinenverkauf, Fenster dreiteilig Mark, Tischdecken 24,—, Diwandecken 75,—, Tüllbettdecken, Steppdecken, Waffeldecken 35 Mark an, Künstlergardinen, Zugvorhänge, Stores, Portieren, Möbelstoffe, Bettvorleger. Teppiche einhundert Mark aufwärts. Federbetten, Bettwäsche spottbillig. Gelegenheitskäufe, Zehdenickerstraße 15, Ecke Weinbergsweg (Rosenthalertor). 225*

Handwagen, Leiterwagen, Kastenwagen, Ersatzteile, Holzräder. Auswahl. Schmiede, Landsbergerstraße 19. 79D*

Pelzwaren, enorm billig, jedes Stück ein Gelegenheitskauf. Kreuzfüchse, bildschön, leicht verarbeitet, 96 Mark. Rotfüchse 65 Mark. Alaskafüchse, seidenglänzend, 68 M. Blaufüchse, imit., 38 Mark. Posten Pelzkragen und Muffen 28 Mark. Silberfüchse, Eisfüchse, Zobelfüchse, Skunks, Iltis und viele andere Pelzarten, ausgesucht schöne Stücke, Riesenauswahl, fabelhaft billig. Selten günstige Gelegenheitskäufe in Damenpelzmänteln, Sealelektrik, Persianer usw. Neueste Mode, erstklassige Verarbeitung. Herren-Pelzkragen 28 Mark. Pelzbesätze. Spezial-Pelzwarenhaus, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 113/114, hochparterre. Sonntags geöffnet. *

Damen kaufen jetzt enorm billig bei mir! Hochelegante Seidenkleider, Seidenmäntel, Seidenkostüme, entzückende Sommerkleider 58, 60, Tanzkleider, herrliche Farben, 72,50, Ulster, Sportjacken 60, schwarze Seidenjacketts 95, Waschröcke 30, Waschblusen 20 an, seidene Unterröcke 49,50, zurückgesetzte Kostüme, Mäntel, Stoffröcke spottbillig, imprägnierte Regenmäntel. Gelegenheitskäufe. Michaelis, Mauerstraße 86, eine Treppe, gegenüber Kraußenstraße. 56/5*

½—1 und 3 PS., auch Anlasser verkauft (Garantie) Kuttner, Prenzlauerallee 220.

Rolle mit Luftpumpen fast neu. Seifenladen Neukölln, Weserstr. 131. †132

3 seidene Blusen, Wintermantel, alter Kleiderschrank verkäuflich Oulram, Marienburgerstraße 34, 1. Seitenflügel IV links. †181

Geschäftsverkäufe

Achtung! Geschäfte verkauft man schnellstens durch Bureau „Klug“, Friedrichstraße 131 II. 71K*

Restaurant sofort zu verkaufen, passend für alleinstehende Dame oder Witwe. Bellner Weg 44. 42/11

Möbel

Möbel-Groß, Große Frankfurter Straße 141, zweites Geschäft: Invalidenstraße 5, Ecke Ackerstraße, liefert stets zu billigen Preisen gute Möbel gegen bar oder bequeme Teilzahlung. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt. Anzeige mitbringen. Wert 5 Mark.

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75,—, Chaiselongues 75,—. Weiße, Auguststraße 22a, Quergebäude parterre.

Möbelkredit. Bequeme An- und Abzahlung. Einzelne Möbelstücke sowie vollständige Wohnungseinrichtungen. Kriegsbeschädigte und Barzahler unserer Annonce erhalten Rabatt. Gustav Gärlich, Stralauerplatz 1/2, Ecke Fruchtstraße, am Schlesischen Bahnhof. 137K*

Möbel aller Art liefert preiswert, eventuell Zahlungserleichterung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowitzbrücke.

Möbel-Lahn, im Osten, Große Frankfurterstraße 36 (5 Minuten vom Alexanderplatz), im Norden Badstraße Nr. 47/48, liefert auf Kredit an jedermann bei kleinster An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen-Einrichtungen in bester Ausführung. Besichtigung meiner Möbel ohne jeden Kaufzwang gern gestattet. Kriegsanleihe und Sparkassenbücher nehme gern als Anzahlung. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Lieferung frei Haus. Liefere auch nach auswärts.

Möbel, Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen, Bettstellen, preiswert, Harnack, Tischlermeister, Annenstr. 31. 137K*

Umbauten, Chaiselongues, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Auflegematratzen. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 12. Norden 2043. *

Möbelgeschäft, 28 Jahre bestehend, verkauft jetzt Belle-Alliancestraße 14a noch zu billigen Preisen, solange Vorrat reicht: Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, moderne Küchen, Speisezimmer, Eiche, 1850,—, Schlafzimmer 950,—, Küchen 380,—, einzelne Ankleideschränke, Ruhebetten, Bettstellen, Tische, Trumeaus, Teppiche, Kronen spottbillig, verliehen gewesene, zurückgesetzte Möbel bedeutend unterm Preis. Sicheren Leuten Zahlungserleichterung. 562*

Kaliber, vornehm, behaglich sind Höltnermöbel. Eichene Eßzimmer 1845—8750 Mark, Schlafzimmer 947—7750, eichene Herrenzimmer 965—8200, Wohnzimmer 785 an, Küchen 435—2485. Qualitätsarbeit, viel Friedensmaterial, auch Einzelmöbel. Lieferung franko durch ganz Deutschland. Höltner-Möbel-Großhäuser, Veteranenstr. 11/13 (Verlängerte Invalidenstraße). 124/1*

Nußbaum-Schlafzimmer mit einem großen Ankleideschrank, 1 Paar Damenstiefel, dito Halbschuhe, Singer-Nähmaschine billig Karlstr. 16 I. Hänisch. Händler zwecklos.

Tadellose Wohn- und Schlafzimmer 1550, 2825, Schlafzimmer hellelche 2900, reizende Küchen 450, Damensalon 1250, englische Bettstellen mit dreiteiliger Stoffauflage 300 verkauft Lombardhaus Wenger, Alte Schönhauserstraße 20. 97K*

Arjewsky's Möbelhaus, Badstr. 56, Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Riesenauswahl, konkurrenzlos preiswert. Schlafzimmer mit Friedensbett-Auflagen 965—6875, gediegene Speisezimmer 815—7765, Eichene Herrenzimmer 1046 b. 6500, moderne Wohnzimmer 540—2860, entzückende Küchen mit bunter Verglasung 395 b. 1965. Billige Einzelmöbel. Langjährige Garantie. Lieferung kostenlos, auswärts frachtfrei. Lagerung unentgeltlich. Kein Kaufzwang.

Musikinstrumente

Pianos, prächtige, neue, gebrauchte, mäßige Preise, bequeme Ratenzahlung. Katalog kostenfrei. Gächter, Oranienburgerstraße 43. 14K*

Adam. Neue Pianos wieder in erstklassiger Qualität, Münzstraße 16. 181K*

Adam. Harmoniums, Münzstraße 16. 181K*

Adam. Stutzflügel, große Auswahl, Münzstr. 16. 181K*

Adam. Reparatur-Stimmwerkstatt, Münzstr. 16. 181K*

Pianos, besonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 43K*

Nußbaumpiano, Prachtinstrument, Panzerstimmstock, Garantieschein, 2100,—, Blüthnerpiano spottbillig. Pianospeicher Alexanderstraße 37 (Alexanderplatz). 169K*

Bechsteinflügel, Duysenflügel, Kreuzsaitiger 3800,—, kleiner schwarzer Stutzflügel 1950,—, verkauft Ernst, Oranienstraße 186 III. 110K*

Salonharmonium 1950,—, Konzertharmonium mit Aeolsharfe 1500,—, kleineres 650,—, gebrauchtes billigst, verkauft Berger u. Co., Oranienstraße 166. Privatverkauf 2. Etage. 110K*

Pianos, großes Lager, neue und gebrauchte, Bechstein, Schwechten, Duysen, Scherer, Chausseestraße 105. 118K*

Pianos, neue und gebrauchte, Klaviermacher Lint, Bernstraße 25 (Invalidenstraße). 40/12*

Umtausch für 2 abgespielte oder zerbrochene eine gute Schallplatte im Musikladen Friedrichstraße 205. 78/14.

Fahrräder

Fahrradgummi, Laufmäntel 55,—, Luftschläuche 15,—; extra gute 28,—. Wiederverkäufer Ermäßigung. Schlowe, Weinmeisterstraße 4. 175/10*

Fahrraddecken, Schläuche, billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Schwandte, Linienstraße 19. 41/15*

Kraus, Große Frankfurterstraße 59, hat alles in- und ausländische Musik sowie Drehreifen, Luftschläuche und Schlauchreifen in jeder Preislage. 42/10

Kaufgesuche

Metalle jeder Art zu höchsten Preisen kauft jeden Posten Zweig, Invalidenstraße 142. Norden 9649. *

Zahnleistabfälle, Schallplatten, Wachswalzen, Glühstrumpfasche kauft „Metallkontor“, Alte Jakobstr. 138, Ecke Hollmannstraße. (Moritzplatz 12 858.) 114K*

Kupferabfälle! Quecksilber, Messing, Zinn, Nickel, Zink, Blei, Aluminium, Stanniol, Zahngebisse, Glühstrumpfasche, Platin, Bruchgold, Silberbruch, Ketten, Ringe, höchstzahlend „Metallschmelze Cohn“, Brunnenstraße 11 und Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). 124K*

Platinankauf, Goldabfälle, Silberabfälle, Zahngebisse, Münzen. Frau Linke, Wilckerstraße 40. 150K*

Platinabfälle, Gramm bis 20 Mark. Zahngebisse in Platin, Gold, Kautschuk zu höchsten Preisen kauft Metallkontor Alte Jakobstraße 138, Ecke Hollmannstraße. Moritzplatz 12858. 114K*

Messingabfälle! Quecksilber! Kupferabfälle! Zinnabfälle! Aluminiumabfälle! Stanniolpapier! Bleiabfälle! Zinkabfälle! Platinabfälle! Zahngebisse! Bruchgold! Silberbruch! höchstzahlend! Fabrikpreise! „Metallschmelze Baruch“ Fennstraße 48. *

Metallabfälle, Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Zink, Aluminium, Quecksilber, photographische Rückstände, Platin, Gold- und Silberabfälle, sowie alle anderen Metalle kauft „Metallkontor“, Alte Jakobstraße 138, Ecke Hollmannstraße. Tel.: Moritzplatz 12 858. 114K*

Platin, Silber, zu Original-Schmelzpreisen kauft Metallschmelze Cohn, Brunnenstraße 11, Hof, und Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 229 (nahe Hermannplatz). 124K*

Goldankauf, Platin, Zahngebisse in Gold, Silber, Frau Knuth, Dieffenbachstr. 54 II. *

Platin, Gramm 22 Mark, Gold, Silber, Quecksilber, Zahngebisse, Kupfer, Messing kaufen höchstzahlend Friedländer u. Co., Kommandantenstraße 29 I. 117K*

Elektrische Installationsmaterialien kauft laufend Gutcher, Brandenburgstraße 30. Moritzplatz 12912. 192K*

Kaufe jeden Posten Kupferleitungen, Kabel zu den höchsten Preisen. Elektrobüro, Langestr. 27 I, Ecke Andreasstraße, Alexander 2080. 118K*

Klavier oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft Schachtschneider, Bukowerstraße 14 III. Preisangabe erbeten. 110K*

Platin-, Gold- und Silberabfälle, Quecksilber, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Prob. Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung.

Wir sind Großkäufer sämtlicher Kupferleitungen und Litzen jeden Quantums zu den höchsten Tagespreisen. Paul Fleischer, Skalitzerstr. 43, Elektromaterialien-Großhandlung, Fernsprecher: Moritzplatz Nr. 775, 1950, 1951. 39/17*

Platinabfälle! Zahngebisse, Goldabfälle, Silberabfälle, Quecksilber, Glühstrumpfasche, Militärtressen, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, Zinn, Aluminium, Zink, Blei höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbüro. Schmelzerei Weberstraße 31. Alexander 4343. *

Spiralbohrer, Werkzeuge kauft laufend jeden Posten. Schröder, Prinzenstraße 66. *

Kupferdrähte, Elektromotoren, Kinoapparate, neu und gebraucht, kauft Markgrafenstraße 1, Ecke Lindenstraße. Moritzplatz 12 656. 278K*

Bierapparate, auch Zubehör, Ladentische, Büfetts, Tische, Stühle, Konditorei-, Bäckerei-Einrichtungen kaufen laufend alt und neu Schlüter u. Co., Dragonerstr. 14. 174K*

Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Anker-, Spuldraht, Wickeldraht kauft höchstzahlend Elektrobureau Oranienstraße 199. Moritzplatz 4016.

Firnis, Schellack, Terpentin, Lacke, Oele usw. kauft jeden Posten. Handlung chemischer Produkte, O. 34, Wilhelm-Stolzestraße 25. *

Chemikalien-Abfall kauft Chemische und Pharmazeutische Werke Grünau-Berlin. 18/9

Altmetall kauft höchstzahlend „Schermer“, Langestraße 19. †130

Phonographen, Apparate und Walzen, kauft bei Selbstabholung E. Vogt, Neukölln, Lenaustraße 26.

Leim, Schellack, Firnis, Malerartikel kauft bestzahlend Oranienburgerstraße 12, im Laden. 117K*

Isolierrohr, Kabeldraht in Kupfer und Zink, sämtliches Installationsmaterial und Motore kauft jeden Posten O. Schumann, Berlin, Langestraße 27, Ecke Andreasstraße, Alexander 2859. 1530B*

Holzschrauben, Nägel, Eisenschrauben kaufe jede Menge. Lehmann, Spandauerbrücke 9. *

Nickelin und andere Widerstandsdrähte kauft Elektro Kuttner, Prenzlauerallee 220.

Elektromotore, auch defekte, kauft Elektro Kuttner, Prenzlauerallee 220. 187/8*

Kupferlitzen und Drähte kauft Elektro Kuttner, Prenzlauerallee 220. 187/10*

Glimmer, jeden Posten kauft Elektro Kuttner, Prenzlauerallee 220. 187/12*

Kaufe Leim jeden Posten Kilo 9 Mark. Fetter, Lichtenberg, Hellstraße 26. †100

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Tanzunterricht. Täglich Anfängerkurse, Moderne Tanzkurse, Schülerkurse, Kinderkurse. Frau Friedrich-Donath, Herzogliche Solotänzerin, Michaelkirchstraße 39. 41/16*

Schlohplatz, Kaufmännische Privatschule von Max Schotte, Inhaber Emil Walther Berlin C. 2, Brüderstraße 39 Zentrum 3677. 90K

Tanzschule Friedrich, Dresdenerstraße 52/53. Täglich Anfängerzirkel. Schülerzirkel.

Verschiedenes

Kostenlose Rechtsberatung! Eherechts-, Strafrechts-Spezialist! Prozeßführung! Gesuche! Rechtshilfsstelle Neukölln, Berlinerstraße 102 (Hermannplatz). 82K*

Selbstgeber verleiht Darlehen in jeder Höhe, auch an Damen. Danziger, Berlin, Bülowstraße 17. 106K*

Erfinder, Patentbureau Puchler, Gertraudtenstraße 18, Zentrum 7060. 73K*

10 000 Reklamezettel 10,—. Buchdruckerei Alte Jakobstraße 48a. 101K*

Kunstkopierei Große Frankfurter Straße 67. 68K*

Schankgeschäfte, Weinstuben, Konditoreien, einfach und elegant, richten komplett ein, auch auf Teilzahlung, Bierapparatefabrik Schlüter u. Co., Dragonerstraße 14. 174K*

Rechtsbureau, Doctor juris, allerbilligst, Neue Königstraße 30 III. 122/18*

Vermietungen

Mietgesuche

Tausche 2 Zimmerwohnung mit Küche, Werftstraße 8, ptr., an Hermannstr. gegen große Stube, Küche, Nähe Reuterplatz. Chiffre S. K. Vorwärts, Neukölln, Neckarstraße. †132

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Elektromonteur, selbständig, sucht sofort Elektrosicherung, Friedrichstr. 234. 2645b

Schulentlassener Knabe sowie 3 Schüler als Laufburschen gesucht. Baumann, Planufer 34, I. 9845b

Amt Norden 3791—95. Aufwärterinnen, Aushilfsmädchen, Wasch- und Reinmachefrauen, Plätterinnen, Ausbesserinnen, Koch- und Servierfrauen vermittelt kostenlos Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Rückerstraße 9. Geöffnet 8—3 Uhr. 123/8*

Weibliches Hauspersonal findet nach Wunsch kostenlos geeignete Stellung nach vertraglich geregelten Arbeitsbedingungen durch Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Abteilung für Hauspersonal, Eichhornstraße 1 (nahe Potsdamerplatz), Belle-Alliance-platz 5, Paulstraße 1 (am Kriminalgericht), Koppenstraße 1 (am Stralauerplatz), Gormannstraße 13. Meldungen mit Papieren nachmittags 4—7 Uhr. 123/9*

Landarbeiterinnen, nahe Berlin, für städtisches Gut verlangt durch Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Rückerstraße 9 (8—3). Meldung mit Papieren bei kostenloser Vermittlung. 123/3*

Zeitungsausträgerin verlangt die Vorwärtsausgabestelle Ackerstraße 174, am Koppenplatz. *

Zeitungsausträgerin verlangt Vorwärts-Spedition, Prinzenstraße 31. *

Zeitungsträgerin verlangt Vorwärts-Spedition Berlin-Schöneberg, Belzigerstraße 27.